

Soldaten sind Selbstmörder

Bundeswehr verschleiert seit Jahrzehnten Strahlenrisiken. Von Rainer Balcerowiak

Die in Zusammenhang mit der Verwendung von Uranmunition deutlich gewordene Vertuschung von Gesundheitsrisiken für Bundeswehrsoldaten hat eine lange Tradition. Dies verdeutlichten die Schilderungen von Strahlenopfern, Medizinern und Vertretern des Bundeswehrverbandes auf einer Pressekonferenz des medizinischen Fachdienstes »medicine worldwide« am Freitag in Berlin.

So weigert sich die Bundeswehr bis heute, den Kausalzusammenhang zwischen den Krebserkrankungen vieler Bundeswehrsoldaten und -zivilbeschäftigten und ihrer Tätigkeit an Radarsystemen anzuerkennen. Dabei sind die Tatsachen seit vielen Jahren bekannt. Während die natürliche Strahlenbelastung in Deutschland durchschnittlich 2,4 Millisievert (mSv) pro Jahr beträgt und laut Strahlenschutzverordnung für Menschen in strahlungsexponierten Berufen 20 mSv pro Jahr nicht übersteigen darf, sind bei Soldaten bis zu 3 000 mSv gemessen worden. Bereits bei einer Lebensbelastung von 1 000 mSv ist von einer strahlungsbedingten Krebsrate von sieben Prozent auszugehen.

Untersuchungen verschiedener Forschungseinrichtungen und detaillierte Berichte von Betroffenen belegen, daß die Bundeswehr seit ihrer Gründung im Jahr 1955 bis Ende der 80er Jahre Strahlenschutzbestimmungen systematisch mißachtet hat. So mußten Marinesoldaten während Manövern in den Radarräumen schlafen. Auch Reparatur- und Wartungsarbeiten an den Flugzeug- und Raketensystemen F104, »Hawk« und »Nike« führten zu enormen Strahlenbelastungen, die aber nirgends registriert wurden, da die Betroffenen nicht mit Dosimetern zur Erfassung ausgestattet worden waren.

Peter Rasch, Sprecher der Betroffenen und selber Strahlenopfer, zitierte am Freitag aus Dokumenten, die bereits 1976 die Gefahr beschrieben und die Stilllegung von 26 Schiffseinheiten der Bundesmarine nahelegten - ohne Konsequenzen. Obwohl in einzelnen Radareinheiten bis zu 15 von 50 in einem bestimmten Zeitabschnitt eingesetzten Soldaten an Krebs erkrankten, leugnet die Bundeswehr bis heute einen Kausalzusammenhang.

Für viele der Betroffenen begann mit Ausbruch der Krankheit ein demütigendes Spießrutenlaufen. Entschädigungsverfahren wurden von der Bundeswehr systematisch verschleppt, nicht wenige Betroffene verstarben derweil. In den wenigsten Fällen kam es zu einer Anerkennung der Strahlenschäden als Wehrdienstschaden. Und selbst dann käme es regelmäßig zu einem »erbärmlichen Gefeilsche« um der Grad der Schädigung und die damit verbundene Rentenhöhe, wie Hans-Joachim Ahnert, Rechtsanwalt beim Bundeswehrverband, zu berichten wußte. Peter Rasch geht davon aus, daß die bisher bekanntgewordenen ca 250 Fälle nur die »Spitze des Eisberges« seien. »Seit wir verstärkt an die Öffentlichkeit gehen, werden uns ständig neue Fälle bekannt.«

Die Forderung der Betroffenen sowie der sie unterstützenden Mediziner, Wissenschaftler und Berufsverbände ist eindeutig: Die Beweislast für die Ursache der Strahlenerkrankung muß umgekehrt werden, d.h., daß die Bundeswehr in entsprechenden Verfahren nachweisen müßte, daß Schutzvorschriften eingehalten wurden.

Hans-Peter Bartels, SPD-Obmann im Verteidigungsausschuß des Bundestages, machte den Anwesenden jedoch klar, daß seine Partei diese Forderung keineswegs unterstützen werde. Rasch und die anderen anwesenden Betroffenen kündigten an, daß sie ihren Protest gegen die menschenverachtende Behandlung der Bundeswehrstrahlenopfer bald auch auf die Straße tragen werden.

* Weitere Informationen: www.m-ww.de

 [Artikel versenden?](#)

© [junge Welt](#)